

Zu meiner Biografie

»Na, Frau Vizepräsidentin, leben wir inzwischen in einer schönen Villa im Berliner Grunewald?« Das werde ich so oder ähnlich zuweilen gefragt. Nein, ich wohne wie gehabt in Marzahn-Hellersdorf, Genossenschaft, sanierte Platte, fünf Treppen, begrünter Balkon mit Wuhle-Blick.

Häufig empfangen mich im Bundestag Besuchergruppen aus Ost und West, aus Nord und Süd. Eine Standardfrage lautet: »Was hat Sie eigentlich zur Politik gebracht?« Dann erzähle ich von 1989/90, der Wende und der Vereinigung. »Ich wollte mitgestalten und nicht verwaltet werden.«

So war das in der Hellersdorfer BVV, später im Berliner Abgeordnetenhaus und nunmehr im Deutschen Bundestag. Den kenne ich inzwischen aus verschiedenen Perspektiven. 2002 wurde ich als Einzelabgeordnete am Ausgang platziert. Seit 2006 leite ich ihn als Vizepräsidentin.

Mein persönliches Motto heißt:
»Einer trage des anderen Last.«
Ja, das ist ein Bibelwort. Und so hieß ein DDR-Film, der in Ost und West preisgekrönt wurde. Es geht mir um Werte wie Solidarität und Gerechtigkeit. Sie sind wichtiger denn je. Wir brauchen sie alle.

Marzahn-Hellersdorf war einmal der jüngste Bezirk Berlins. Heute zählt er zu den ärmsten der Hauptstadt. Das sind die Folgen einer verfehlten Bundespolitik, wodurch die Reichen immer reicher und die Armen immer zahlreicher wurden.

Ich habe das als Linke stets abgelehnt.

Das ist übrigens auch die tiefere Ursache der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise. »Unten« fehlt es am Nötigsten, um in Würde zu leben. »Oben« werden Milliarden sinnlos in Finanzkasinos verzockt. Wer also die Krise packen will, muss endlich politisch umsteuern.

Dafür werbe ich um Ihre Erststimme zur Bundestagswahl – rot, radikal, realistisch.

Mit solidarischen Grüßen



Petra Pau, Wahlkreisbüro:
Henny-Porten-Straße 10-12
12627 Berlin
Telefon: 030/99 28 93 80
Fax: 030/99 28 93 81
petra.pau@bundestag.de
www.petrapau.de



Petra Pau

Damit es im Land
gerecht zugeht.

DIE LINKE.

Mit Rosa in Tel Aviv

Jüngst war ich in Israel. Ich war gebeten worden, über Rosa Luxemburg und die neue deutsche Linke zu sprechen. »Wen mag das im Nahen Osten wohl wirklich interessieren?«, fragte ich mich vorher. Dann kam ich zum Konferenzort. Der Saal war rappellvoll.

Ich sprach über die »Freiheit der Andersdenkenden«, über das zwiespältige Verhältnis der DDR zu Rosa Luxemburg, über meine politischen Erfahrungen in der Bundesrepublik Deutschland und über meine Lehren aus der Geschichte – ganz persönlich und ganz grundsätzlich.

Soziale Rechte und individuelle Freiheitsrechte dürften nie mehr gegeneinander aufgerechnet oder hierarchisiert werden. Eine moderne LINKE müsse natürlich für soziale Gerechtigkeit und für Frieden streiten, aber zugleich immer auch für Bürgerrechte – und zwar für alle.

Dann fragte mich jemand, über welches Land ich gerade gesprochen habe. Er kenne keines, das dem entspreche. Meine Antwort: »Ich sprach von Utopia und ich nenne das ›Demokratischer Sozialismus‹, nicht im Himmel, sondern auf Erden.« Erneut Beifall in Tel Aviv.

Man lässt uns nicht

DIE LINKE hat im Bundestag mehr direkte Demokratie beantragt, also auch Volksabstimmungen auf Bundesebene. Zumal: In Fragen direkter Demokratie ist Deutschland noch immer ein EU-Entwicklungsland. CDU und CSU waren dagegen. Auch die SPD lehnte den Antrag ab. »Wir hätten vielleicht zugestimmt«, sagte mir ein SPD-Kollege, »aber die Union hat uns nicht gelassen.«

DIE LINKE hat beantragt, die US-Atomwaffen endlich aus Deutschland abzuziehen. CDU und CSU wollten dies auf keinen Fall. Auch die SPD votierte dagegen. »Obama hat mit seinem atom-kritischen Kurs zwar Recht«, erzählte mir eine SPD-Abgeordnete, »aber wir wollten nicht gegen die Union stimmen.«

DIE LINKE hat beantragt, Unrecht für 16 Berufsgruppen zu beseitigen: Handwerker, Ingenieure, Tänzerinnen, Krankenschwestern, Bahn- und Post-Beschäftigte. Sie alle erwarben in der DDR Rentenansprüche, die ihnen noch immer verwehrt werden. CDU und CSU lehnten dies strikt ab, die SPD ebenfalls. Sie verwies bei diesem Nein nicht einmal auf die »böse« Union.

Verfassung schützen

Noch nie war das technische Überwachungspotenzial so groß wie heute. Und die Begehrlichkeiten wachsen und wachsen, von Staatswegen und von Privat. Sie kennen die Skandal-Stichworte: »Vorratsdatenspeicherung« und »Hartz IV«, aber auch »Telekom« und »LIDL« usw.

Die gefährliche Behauptung heißt: Datenschutz ist Verbrecherschutz. Tatsächlich ist Datenschutz aber ein im Grundgesetz verbrieft Schutz der Persönlichkeit. Wer den Datenschutz angreift, ist demnach ein Verfassungsfeind.

Ich will die Verfassung schützen.

Deshalb klage ich auch in Karlsruhe gegen die Vorratsspeicherung aller Telekommunikationsdaten. Denn gespeichert wird alles: Wer mit wem telefoniert hat und von wo. Wer wem eine SMS geschickt hat oder eine E-Mail. Wer wann welche Internetseite aufgerufen hat.

Der legendäre »Big Brother« nimmt Formen an – und das per Gesetz. Die Bundesrepublik Deutschland ist auf dem schlechten Weg vom sozialen Rechtsstaat zum präventiven Sicherheitsstaat, andere sprechen vom Überwachungsstaat.